

Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt Telegr.-Adr.: Volkszeitung Wiesbaden Donnerstag Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden Mit religiösem Sonntagsblatt

Die Rheinische Volkszeitung erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in Wiesbaden, Friedrichstraße 30. Zweig-Geschäftsstellen in Deitrich (Otto Eismann), Marktstraße 9 und Eltroille (B. Fabian Witte), Ecke Gutenberg- und Lammstraße. Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Hauptgeschäftsführer Dr. phil. Franz Geucke; für den anderen redaktionellen Teil: Julius Eismann. Druck: für Geschäftsliches und den Anzeigenenteil: J. J. Dahmen; Verlag: Hermann Rauch in Wiesbaden

Nr. 26 — 1918 31 Januar 36. Jahrgang

Der Streik flaut ab Stark bleiben

Man gewinnt jetzt immer mehr ein klares Bild über den Streik, den die deutschen Genossen über das eigene Land verhängt haben. Auch verdient festgestellt zu werden, daß unabhängig Sozialdemokratie und die Genossen Scheidemann'scher Färbung zu gleichen Teilen ein gerüttelt und geschüttelt Maß von Schuld tragen. Es ist nicht wahr, daß die anarchoide angehauchte Gruppe allein der Schuld bloß sind, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und ihre Agitatoren im Lande können sich in gleicher Weise des Erfolges rühmen. Erwähnung ist heillos! Welche Empörung durchdringt den Reichstag und einen Teil des deutschen Volkes, als vor einigen Monaten der Staatssekretär von Capelle feststellte, daß Abgeordnete aus der unabhängigen Fraktion mit Marineoffizieren darüber beratschlagten hätten, wie die Kriegsmacht unserer Flotte lahmzulegen sei! Wie konnte man deutschen Volkserbkütern einen solchen Vorschlag machen! Nun sehen wir, daß jetzt im großen Stille das Fortgeführt wird, was damals im kleinen so schamlos mißlang. Und wir gewinnen weiter erwünschte Klarheit über die geheimen Pläne, die hinterher und darüber gesponnen werden. Droht, dessen ehelicher Name einst Bornstein gewesen ist, Lenin, der früher einmal Zacharias Jederblom hieß und Herr Radel, der Leiter der Petersburger Telegraphenagentur, der den Namen seines Vaters Sedow verleiht, als er in der Bremer Sozialdemokratie ein Gastspiel gab, diese drei Männer also sind jetzt feilsch, keinerlei Separatfrieden zu schließen. Ihnen kommt es lediglich darauf an, die Welt nach russischem Muster zu organisieren. Das wird ein unauflöslicher Versuch mit untauglichen Mitteln bleiben. Soweit sind wir denn glücklicherweise nicht. Wir ziehen die geordneten Verhältnisse Deutschlands der wilden Anarchie Russlands vor. Nur ist zu hoffen, daß unsere Vertreter in Reichstags und anders gegenüber Herrn Bornstein handeln werden, wie das in der Vergangenheit leider öfters war. Was geschehen ist, geschehen, die Plattform, auf der seit dem 28. Dezember verhandelt wurde, war eine völlig falsche Basis. Wenn jetzt die Massen ihre bisherige Taktik beibehalten wollen, so sollte man sie mit kurzen, wenn auch harschen Worten in das Land ihrer revolutionären Schnulze zurückführen.

Stark bleiben gegenüber den Erklärungen, die sich auf den Wind Tropfen und auf den Wunsch Englands in Deutschland abspielen. Keine übereilten Maßnahmen, aber auch keine Schwäche, die sich schlimm rächen könnte. Es sind einzig und allein politische Forderungen, die von den Streikenden erhoben werden. Heute sich darüber auszulassen, wie es eigentlich soviel kommen könnte, wäre nutzlos, ganz abgesehen davon, daß es schwer wäre, den wirklich Schuldigen bereits jetzt zu ermitteln. Nur soviel sei gesagt: In dem Augenblick, da innerpolitische Fragen zur Diskussion gestellt wurden, war es um den inneren Frieden nicht geschehen. Und nachdem einmal der Stein ins Rollen gebracht war, gab es kein Halten mehr. Einzig und allein von diesem Gesichtspunkte haben wir für unseren Teil uns lösen lassen, wenn wir der politischen Entwicklung der Vergangenheit mit mehr als gemäßigten Blicken gegenüber standen. Leider geben die letzten Ereignisse unserer Auffassung völlig recht. Was hat jetzt zu geschehen? Wenn wir die Ruhe nicht verlieren, wenn vor allem unsere Regierung stark bleibt, dann wird sich der Sturm am Ende in absehbare Zeit verlaufen. Die Kriegswirtschaft zählt bekanntlich ganz respektable Zahlen, zur Stunde gibt es sicherlich schon Tausende, die gern an die Stätte der Arbeit zurückkehren möchten. Wenn mal längstens acht Tage vergangen sind, dann wird der leere Geldbeutel bei den vielen, bei den meisten eine heilsame Ermüdung bringen. Gewiß haben Sozialdemokratie und Gewerkschaften beidermächtig viel Geld, doch wieviel um die landesgemäßen Ausgaben der Unberühmten zu bestreiten, ist nicht vorhanden. Es ist gewiß nicht erbaulich zu einer solchen Taktik zu raten, doch eine andere Politik sollte in der Gegenwart ausgeschlossen sein. Dabei hoffen wir rechtlich, daß unsere kämpfenden Heere zum Kampf bereit und gerüstet sein werden, auch wenn die Bundespräsident in der Heimat infolge standstilliger Verhältnisse für einige Tage den Kopf verlieren.

Mit einem starken Aufgebot an Worten hat das sozialdemokratische Hauptorgan ausgerufen: Jetzt liegt es bei den englischen Arbeitern, zu zeigen, daß sie das Proletariat in Deutschland und Russland nicht im Stich lassen! Ein eigenartiger Zufall wollte es — war es wirklich nur Zufall? — daß an dem gleichen Tage, da in Deutschland der Ausbruch begonnen wurde, mit kolossaler Wucht und Erbitterung aus der Westfront Nachrichten wurden, die Gerungen wurde, weil die Franzosen neue Divisionen zum Sturm anziehen. Jetzt die deutsche Sozialdemokratie schon früher den Streik angeordnet, dann wären unsere tapferen Kämpfer vielleicht weilslos gewesen, Tausende von deutschen Vätern, Söhnen und Brüdern hätten mit ihrem Leben die Schuld der Landesverräter in der Heimat bezahlen müssen. Selbst die Italiener holten die Stunde für gekommen.

um die inneren Schwierigkeiten der Mittelmächte durch blutige Angriffe zu vermehren. Mit Hohn werden Englands Arbeiter die Aufforderung der deutschen Sozialdemokratie vernachlässigen. Sie werden ihnen vielmehr ein Ansporn sein, nun erst recht alles aufzubieten, um Herr und Hölle mit dem Rötigen zu versorgen. Die britischen Proletarier halten nach wie vor an ihrem Kriegsziel und an dem Kriegsziel von Lloyd George fest. Vernichtung Deutschlands — das ist ihr Ziel. Ein Jubel wird sich in den Ländern der Entente erheben. Seit drei Jahren warten alle auf die Revolution in Deutschland. Jetzt hat diese Erwartung greifbare Formen angenommen. Und nicht etwa, weil wir auf den Fronten geschlagen wären, nicht etwa, weil es uns an Kriegsmitteln fehlte, sondern einzig und allein deshalb, weil die Revolution in Russland die Köpfe einzelner Decker verwirrt hat. Aus deutscher Ordnung soll russisches Chaos und russische Anarchie werden. Der Plan wird mißlingen. Gerade die Antworten aus Russland, Frankreich und England dürften eine gewaltige Ermüdung hervorrufen. Dann wird Besonnenheit sich ganz von selbst einstellen, dann werden hoffentlich die Massen der Arbeiter für immer kurieren sein. Darum haben wir auch die Überzeugung, daß die gegenwertigen, an sich höchst bedauerlichen Vorgänge auf das Kriegsende von unversehrtem Einfluß sein werden. Trotz, Lloyd George, Clemenceau und Sonnino sollen sehen, daß ihr Hoffen unvollständig gewesen ist und daß der von ihnen mit allen Mitteln gesuchte Versuch, Deutschland der Revolution auszuliefern, mißglückt ist und auch für die Zukunft keine Aussicht auf Erfolg hat.

Eine Erklärung der christlichen Gewerkschaften

Berlin, 30. Jan. (W. B.) Eine heute in Berlin abgehaltene Sitzung des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften beschloß zu dem gegenwertigen Streik folgende Erklärung:

„In Berlin und einigen anderen Stellen im Lande sind in den letzten Tagen größere Zulaufstände erfolgt. Der der Arbeitsniederlegung wurde bestimmte Forderungen nicht ausgestellt. Erst nachträglich wurde ein Streikprogramm mit überwiegend politischen Forderungen formuliert. In außenpolitischer Hinsicht will man die schuldige Verfehlung des Reiches an der Hand von den russischen Volksbeauftragten in Reichstags und Reichsrat verurteilen. Diese Forderungen sind nicht nur in der Sache, sondern auch in der Form unzulässig. Die Forderungen der allgemeinen, gleichen, direkten und allgemeinen Wahlrechts für alle Männer und Frauen im Alter von mehr als 20 Jahren für den deutschen Reichstag.“

Die christlichen Gewerkschaften haben bisher gegen alle Forderungen angeklagt, die geeignet waren, Kriegsverhältnisse zu nützen, insoweit sie nicht ausreichen mit der Ehre und den künftigen Lebensinteressen der deutschen Völker begründet werden konnten. Sie haben weiter seit Jahren sich für die innere politische Erneuerung, der allem für die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen während des Krieges mit Nachdruck eingesetzt und sich an allen diesbezüglichen Bestrebungen beteiligt. In der inneren politischen Hinsicht wurde als hauptsächlichste Forderung ausgestellt: „Die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und allgemeinen Wahlrechts für alle Männer und Frauen im Alter von mehr als 20 Jahren für den deutschen Reichstag.“

Die christlichen Gewerkschaften haben bisher gegen alle Forderungen angeklagt, die geeignet waren, Kriegsverhältnisse zu nützen, insoweit sie nicht ausreichen mit der Ehre und den künftigen Lebensinteressen der deutschen Völker begründet werden konnten. Sie haben weiter seit Jahren sich für die innere politische Erneuerung, der allem für die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen während des Krieges mit Nachdruck eingesetzt und sich an allen diesbezüglichen Bestrebungen beteiligt. In der inneren politischen Hinsicht wurde als hauptsächlichste Forderung ausgestellt: „Die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und allgemeinen Wahlrechts für alle Männer und Frauen im Alter von mehr als 20 Jahren für den deutschen Reichstag.“

Ein Aufruf der Polen

Kattowitz, 30. Jan. (W. B.) Der Zentralvorstand der polnischen Berufsvereinigungen veröffentlicht einen Aufruf an die polnischen Arbeiter, in dem es u. a. heißt: Die polnischen Arbeiter haben bisher kaltes Blut bewahrt und ließen sich nicht auf Irrwege geleiten. Da jedoch in letzter Zeit die Gemüter durch die letzten Vorfälle in Österreich-Ungarn und die Lebensmittelschwierigkeiten erregt sind, ist es nicht ausgeschlossen, daß hier und dort jemand das Gleichgewicht verlieren und sich der Streikbewegung anschließen könnte. Jedweden erheben wir unsere warnende Stimme und fordern die polnischen Arbeiter auf, auf autonome Aufstände nicht zu achten und den Einführungen verschiedener Berufsleiter kein Gehör zu geben, dagegen sich ruhig zu verhalten und ihre

Pflichten zu erfüllen. Wie bisher, sind solche Anschuldigungen, zu denen der Aufruf auffordert, Wasser auf die Mühlen der Gegner jeglichen Fortschrittes, namentlich einer Reform des Arbeiterabgabengesetzes und der Wahlrechtsreform. Die Regierung hat bereits angefangen, daß sie geschehenfalls mit allen Mitteln gegen solche Ausschreitungen vorgehen wird, so daß die Teilnehmer sich den größten Unannehmlichkeiten aussetzen können. Daß die Lebensmittelschwierigkeiten andauernd, so haben die Vertreter der Berufsvereinigungen und andere Verbände unlängst mit großer Bestimmtheit im Ernährungsamt Klagen der Arbeiter vorgetragen. Es ist zu hoffen, daß eine rationelle Lebensmittelverteilung eintritt. In ähnlichen werden durch solche Ausschreitungen fehlende Lebensmittel wieder vermehrt noch geschaffen. Geht auch nicht auf den Leim des Bolschewismus, sondern bleibt ruhig bei klarem Verstand und erfüllt die Euch anvertraute Arbeit. Weidet jegliche Ausschreitungen!

Die Streikdeputation bei Walz

Berlin, 30. Jan. Ueber die Ablehnung des Empfangs einer Deputation des Berliner Streikkomitees durch den Staatssekretär Walz wird folgendes öffentlich bekannt gegeben:

Während vormittag wurde der Staatssekretär des Innern von dem Herrn Abg. Scheidemann benachrichtigt, daß Herr Scheidemann und einige andere Herren der beiden sozialdemokratischen Fraktionen zusammen mit einigen Vertretern der ausländischen Arbeiter den Staatssekretär zu sprechen wünschten. Der Staatssekretär erwiderte Herrn Scheidemann, daß er über die nach dem „Bismarck“ von ausländischen Arbeitern erhobenen Fragen sich gern mit Mitgliedern des Reichstags unterhalten wolle, daß er es aber nicht für zulässig erachte, über die in den Forderungen enthaltenen hochpolitischen Fragen mit den Vertretern der ausländischen Arbeiter in Verbindung zu treten. Der Staatssekretär blieb bei seiner Auffassung, nachdem ihm der Abg. Scheidemann nochmals telephonisch den Wunsch übermittelte, die Vertreter der ausländischen Arbeiter zu der Besprechung zuzulassen. In der festgesetzten Stunde trafen im Reichsamt des Innern mit den beiden Abgeordneten Scheidemann und Daase auch zwei Vertreter der ausländischen Arbeiter ein. Die Legation dieser Arbeiter wurde dem Ministerialdirektor Tamann im Reichsamt des Innern erklärt, die Arbeiter lämen als Mitglieder des Aktionsausschusses, der eine Vertretung des von den ausländischen gebildeten Arbeiterrates darstelle. Der Aktionsausschuß bestünde aus neun Vertretern der ausländischen Arbeiter und je drei Abgeordneten der beiden sozialdemokratischen Parteien. Der vorerwähnte Arbeiterrat setzte sich aus einer großen Zahl der ausländischen Arbeiter der verschiedenen Betriebe zusammen. Der Staatssekretär hat wiederholt die antwortenden Abgeordneten allein mit ihm zu verhandeln, da er zur Besprechung der politischen vor das Forum des Reichstags gehörigen Fragen mit den Vertretern des Aktionsausschusses nicht verhandeln könne. Da die beiden Abgeordneten indes auf einer gemeinsamen Besprechung bestanden, da sie mit in dieser Gemeinschaft von dem Aktionsausschuß ermächtigt seien, fand die geplante Erörterung mit dem Staatssekretär des Innern nicht statt.

Streik in den Zeitungen

Berlin, 30. Jan. Die Streikbewegung hat sich seit gestern ansehnend nicht wesentlich geändert. Einige Zeitungen wie das „Berliner Tageblatt“, die „Volkszeitung“, die „Morgenpost“, der „Vorwärts“ und der „Socialist“ konnten nicht erscheinen, weil das Personal gekerkert sich dem Streik angeschlossen hat. Die übrigen Zeitungen sind wie immer erschienen.

Die Lage im Reich

Kassel, 30. Jan. Eine Arbeiter-Versammlung beschloß, morgen den Streik auf sämtliche Kassenbetriebe auszuweiten. Die Arbeiter werden morgen mehr als 20.000 Arbeiter und Arbeiterinnen streiken. Heute abend wurden 3200 Streikende gezählt. Die hauptsächlichsten Betriebe, in denen gestreikt wird, sind die Volkswirtschaft von Bensheim und Sohn, die Aktien-Gesellschaft Hahn für Oel und Mechanik und einige Betriebe der Textilindustrie.

Essen, 30. Jan. Die Streikbewegung im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet hat keinen Fortschritt gemacht. Bei der Firma Krupp-Gelsenkirchen wurde heute eine Besetzung von 120.000 Mann unter 300 Mann, die beschloßen haben, morgen früh mit der Arbeit wieder zu beginnen. Im Kohlenbergbau sind nach den neuesten Meldungen von einer Gesamtbesetzung von 420.000 Mann etwa zwei Prozent der Arbeiter ausständig in 14 Betrieben, hauptsächlich im Dortmund-Bezirk. Bei der Rheinischen Metallwaren-Fabrik wird nicht gestreikt. Im übrigen ist alles ruhig.

Fortmund, 30. Jan. Die Auslandsbewegung in den westigen Bezirken flaut ab; in den meisten Betrieben arbeiten heute mehr Leute als gestern. Die Arbeiter der Eisen- und Rüstungsindustrie lehnen überhaupt den Streik ab. Spandau, 30. Jan. (W. B.) Die Lage hat sich gestern nicht wesentlich geändert. In den meisten Staatsverwaltungen wird fast vollständig gearbeitet. In der Artilleriewerkstätte Süd hat sich die Zahl der Streikenden, die gestern 3500 bis 4000 betrug, erheblich verringert, ebenso in der Drucken- und Koppel-Alt-Gez., wo gestern etwa 600 Arbeiter streikten. Im ganzen dürften heute noch nicht ganz 4000 Arbeiter von den hier beschäftigten 70-80.000

Mann im Streik stehen. In der Siemens-Stadt wird in den Siemenswerken ebenfalls durchgängig gearbeitet. Die Besetzungen der einzelnen Werke haben sich gegenüber der Streikaufrufung meist völlig ablehnend verhalten und sich auf dem Standpunkt des vom Kartellverband deutscher Werkvereine (der sogenannten Gelben) verbreiteten Aufruf gestellt, der vor der Beteiligung am Streik warnt.

Hamburg, 30. Jan. Nach Anschlag des Streiks der Hamburger Werftarbeiter wurde vom stellvertretenden Generalkommando des 9. Armeekorps der verhängte Kriegsstand über Hamburg, Altona und Wandsbek verfügt. Die Zahl der Streikenden beträgt etwa 25.000. Ein heute erfolgter Anschlag des stellvertretenden Generalkommandos besagt, daß die Kriegsbetriebe unter militärische Leitung gestellt werden, und daß die Arbeiter, die am 31. Januar früh nicht zur Arbeit erscheinen, zu m Desertion einbezogen werden.

Karlsruhe, 30. Jan. Heute wird in allen Betrieben wieder gearbeitet. Der Demonstrationstreik ist nach zweitägiger Dauer tatsächlich beendet.

München, 30. Jan. (W. B.) Mittwoch vormittag gingen in der Stadt die wildsten Gerüchte über Streiks um, die sich jedoch als völlig unbegründet erwiesen. Eine Vertrauensmännerversammlung der verschiedenen Betriebe beschloß gestern abend auf Betreiben der unter Führung des Schriftstellers Kurt Eisner erschienenen unabhängigen Sozialdemokraten den Streik auf drei Tage gegen die Stimmen des christl. Metallarbeiterverbandes. Die Ortsstelle des Verbandes der deutschen Buchdrucker teil mit, es sei ganz ausgeschlossen, daß der Streik der Berliner Buchdrucker auf München übergreifen könne.

Die politische Rückwirkung

Berlin, 31. Jan. Von einem führenden Reichstagsabgeordneten wird dem „Berl. Tageblatt“ mitgeteilt: Die Streikbewegung und die Tatsache, daß sich der Sozialdemokratische Parteivorstand führend daran beteiligt, hat auf die beiden anderen Mehrheitsparteien keinen geringen Eindruck gemacht. Sollte der Streik noch eine weitere Ausdehnung annehmen, und unser Wirtschaftsleben schwer bedrohen, dann meint man, wäre ein Zusammengehen der Regierung sowohl wie des Zentrums und der fortschrittlichen Volkspartei mit der alten sozialdemokratischen Fraktion im Reichstagsgeheimrat geboten. In den nächsten Tagen dürften begehende Parteiforderungen erlassen werden. Das würde eine neue politische Konstellation schaffen, die auch das kabinett Berlin in seinem Bestande bereichern könnte. (Wir haben bereits vor langem unserer Auffassung über das Kapitel Zentrum und Mehrheitsparteien Ausdruck gegeben. Wir meinen, die jetzigen Vorgänge sollten endgültig jedes Zusammenwirken mit den Landesverrätern verbieten. W. B.)

Das Beispiel der Demokraten

Bern, 30. Jan. Der „Borger“ meldet aus New York: Die Regierung hat kurzer Hand das allgemeine Streikkomitee in Philadelphia, das zum Generalkonferenz aufforderte, verboten und die Angelegenheit dem Bundesgericht zur Verfügung übergeben.

Der deutsche Bericht

Großes Hauptquartier, 30. Januar (W. B. Antik.)

Weltlicher Kriegsausbruch. An verschiedenen Stellen der Front Artillerie- und Infanteriekämpfe. Die Infanterie ist bis auf Erkundungsgänge beschränkt.

Unsere Flieger führten erfolgreiche Angriffe auf England und die französische Nordküste durch. London und Southampton sowie Dünkirchen, Brüssel und Calais wurden mit Bomben beschoßen. Im Luftkampf wurden gestern acht feindliche Flugzeuge an zwei Stellen abgeschossen.

Deutscher Kriegsausbruch. Nichts Neues. Majdonische Division. Der Vorstoß feindlicher Kompanien gegen bulgarische Feldwachposten nördlich vom Dobruja wurde abgewiesen.

Italienischer Kriegsausbruch. Auf der Front von Triest haben die Italiener mit starken Kräften ihre Angriffe fortgesetzt. Im Gebiet des Monte Sissol sind sie unter schweren Verlusten gescheitert. Der Kampf bei Val d'Aosta und bei Aosta blieben nach hartem Kampf in den Händen des Feindes.

Der österreichische Bericht

Wien, 30. Jan. (W. B. Antik.)

Die schweren Kämpfe auf der Hochfläche von Gailitz dauern an. Südwestlich von Triest und im Gebiet des Monte Sissol kämpfen italienische Kräfte unter großen Verlusten. Der Kampf bei Val d'Aosta und bei Aosta blieben nach hartem Kampf in den Händen des Feindes.

